HT 2004: „Historische Rechte“ – Historiker und die Begründung von Gebietsansprüchen im östlichen Mitteleuropa

Veranstalter: Jörg Hackmann (Greifswald)
Datum, Ort: 17.09.2004, Historikertag Kiel
Bericht von: Uwe Müller, Viadrina, Frankfurt/Oder

Die Sektion wurde von *Jörg Hackmann (Greifwald)* organisiert und geleitet. Der ursprünglich geplante Vortrag von *Frank Hadler (Leipzig)* über „Historische Argumente für künftige Staatsgebiete im Peacemaking 1919: Das Beispiel Tschechoslowakei“ konnte wegen der Erkrankung des Referenten nicht gehalten werden. Auch *Markus Krzoska (Mainz)* konnte leider nicht teilnehmen. Sein Referat lag allerdings vor und wurde durch den Sektionsleiter vorgetragen.

Jörg Hackmann erläuterte in seinem einführenden Referat die Ziele der Sektion und stellte anschließend selbst einige grundlegende Überlegungen vor. Die gerade auch auf den letzten Historikertagen geführte Diskussion über die Rolle der deutschen Historiker im Nationalsozialismus litt, laut Hackmann, unter zwei Defiziten. Erstens habe die Debatte über die weltanschauliche Nähe die Erörterung des tatsächlichen Beitrags der Historiker zum Unrechtsregime überlagert. Vor allem aber sind vergleichende Betrachtungen nur selten angestellt worden, wodurch auch transnationale Interaktionszusammenhänge kaum beachtet wurden. Die Sektion sollte sich also vor allem mit den spezifischen Wirkungen der Tätigkeit der Historiker nicht nur in Deutschland und auch im Vergleich zu anderen Wissenschaftsdisziplinen befassen. Die historische Begründung von Gebietsansprüchen in Ostmitteleuropa im Zeitalter des Nationalismus, vor allem aber im Kontext der beiden Weltkriege des 20. Jhs. nahm dabei eine zentrale Rolle ein.

Hackmann zeigte anschließend einige typische Argumentationsmuster bei der historischen Begründung von Gebietsansprüchen auf. Dabei ging es u.a. um die Konstruktion von ethnisch bestimmbaren frühgeschichtlichen Kulturkreisen zur Feststellung der ältesten Rechte (Urgermanenthese, slawische Lausitzer Kultur), den Verweis auf ehemalige Größe, aber auch auf erlittenes Unrecht sowie die vor allem, aber nicht nur in Preußen/Deutschland lange bestehende Tradition, Gebietsansprüche durch kulturelle Leistungen der Vergangenheit zu legitimieren. Der Referent wies außerdem darauf hin, dass historische Argumente auch bei primär juristisch, geostrategisch sowie selbstverständlich auch bei national-ethnisch „begründeten“ Gebietsansprüchen wichtige Subtexte lieferten. Der Leiter der Sektion hatte damit, was leider nicht in allen Sektionen der Fall war, die grundlegenden Fragestellungen klar benannt und auch einen Ausblick auf zentrale Themen der folgenden Vorträge gegeben.

Als Organisator hatte es Hackmann zudem geschafft, einen Referenten zu gewinnen, der an Stelle des erkrankten Frank Hadler den tschechoslowakischen Fall behandelte. *Peter Haslinger (München)* referierte über „Raumbilder als Grundlage politischer Programmatik: Diskurse über nationale Gebietsansprüche in den böhmischen Ländern und in der Tschechoslowakei 1900-1938“. Bis zum Ersten Weltkrieg definierte die tschechische Politik ihr nationales Gebiet über das böhmische Staatsrecht. Im nationaltschechischen Denken konnte so den Randgebirgen eine historische und auch in Zukunft notwendige Schutzfunktion vor den Gefahren einer Germanisierung zugewiesen werden. Die Zugehörigkeit der Slowakei zu einem tschechisch(slowakischen) Nationalstaat ist erst während des Weltkrieges im Exil durch Masaryk und Beneš thematisiert worden. In Vorbereitung der Pariser Friedensverhandlungen wurden die tschechoslowakischen Vorstellungen vom konkreten Verlauf der Grenze zu Ungarn vorrangig durch militärstrategische Überlegungen bestimmt. Offiziell ist jedoch die daraus resultierende Einbeziehung von nördlich der Donau gelegenen Gebieten mit ungarischer Bevölkerung u.a. mit dem Argument begründet worden, es habe dort vor der Einwanderung der Magyaren im 9. Jh. ein kompaktes slowakisches Siedlungsgebiet gegeben. Bei der Erörterung der Frage der böhmischen Grenze wurden die deutschen Bewohner als landfremde Kolonisten dargestellt. Obwohl oder gerade weil die frühe, mittelalterliche und neuzeitliche Geschichte bei der Begründung der Gebietsansprüche des neuen tschechoslowakischen Staates eine wichtige, wenn auch nicht dominante Rolle spielte, haben sich die führenden tschechischen Fachhistoriker an deren Legitimierung nicht beteiligt. Die der tschechischen Delegation in Paris zuarbeitende Expertenkommission bestand ausschließlich aus in der nationalen Bewegung bereits seit der Vorkriegszeit aktiven Wissenschaftlern.

In der anschließenden Diskussion ging es um

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

weitere Aspekte der tschechoslowakischen Frage im Rahmen der Nachkriegsordnung, etwa um die aus strategischen Gründen inkorporierte Karpatoukraine, die Debatte über die Sicherstellung des Meereszuganges, die Haltung der Deutschen in der Tschechoslowakei und die Umsetzung der Minderheitenverträge.

Hans-Christian Petersen (Mainz) referierte über „Gebietsansprüche der deutschen Ostforschung. Die wissenschaftliche Legitimation territorialer Expansion im Werk Peter-Heinz Seraphims". Der Volkswirt Seraphim beschäftigte sich bis 1945 v.a. am Königsberger Institut für Ostdeutsche Wirtschaft mit Analysen der wirtschaftlichen Entwicklung Polens sowie nach 1945 mit den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Er verfasste aber auch Bücher über „Das Judentum im osteuropäischen Raum" (1938) sowie „Das Genossenschaftswesen in Osteuropa" (1951). Petersen analysierte Biografie, Werk und politische Einstellungen Seraphims. Sein völkischer Staatsbegriff, seine Einstellung zum polnischen Staat der Zwischenkriegszeit, v.a. aber seine Auffassung von wissenschaftlicher Objektivität und politischer Bedeutung wissenschaftlicher Forschung weisen ihn als typischen Vertreter der Ostforschung in der NS-Zeit aus, die auch in der Bundesrepublik bis in die 1960er Jahre großen Einfluss hatte. Das Problem der wissenschaftlichen Legitimation territorialer Gebietsansprüche wurde allerdings in dem Vortrag allenfalls indirekt angesprochen. Die Diskussion drehte sich daher auch vornehmlich um die Charakterisierung von Seraphims Auffassungen als „völkisch" oder „rassisch" sowie um das Ausmaß der Rezeption seines Werkes.

Der von Hackmann vorgelesene Text von *Markus Krzoska (Mainz)* zum Thema „Für ein Polen an Oder und Ostsee. Zygmunt Wojciechowski (1900-1955) als Verfechter neuer polnischer Grenzen vor und nach 1945" konnte zwar wegen der Abwesenheit des Verfassers nicht diskutiert werden, bewirkte aber eine Rückkehr zum Generalthema. Wojciechowski war sowohl in der Zweiten Republik als auch in den Anfangsjahren der Volksrepublik Polen der wichtigste wissenschaftliche Vertreter des sogen. Westgedankens und die zentrale Figur der polnischen Westforschung. Die Frage nach den angemessenen Grenzen des polnischen Staates und deren historische Begründung stand im Mittelpunkt seines Werkes. Die polnischen „Mutterländer" des 10. Jhs. sollten den Kern des neuen polnischen Staates bilden, dessen territoriale Sicherheit „natürliche Grenzen" an Ostsee, Oder und Gebirgskämmen erforderte. Noch während des Krieges verbündete sich Wojciechowski mit der kommunistischen Regierung, um die Idee der „polnischen Westgebiete" in der Gesellschaft und im Ausland zu etablieren und zu propagieren sowie die Integration dieser Gebiete in den polnischen Staat vorzubereiten. In der Person des Direktor des Posener Westinstitutes verbanden sich mediävistische Forschung und ideologische Begleitung der Integration der polnischen Nord- und Westgebiete. Krzoska betonte, dass diese Ideologie in der heutigen polnischen Gesellschaft weiter wirkt. Er machte aber auch deutlich, dass der polnische Westgedanke erst durch nationalistischen Zeitgeist und die „negative Interaktion" mit der deutschen Ostforschung gewachsen und erst durch den Zweiten Weltkrieg geschichtswirksam geworden ist.

Blazej Bialkowski (Berlin) hat in seinem Vortrag „An Oder und Warthe im 10. und 20. Jahrhundert. Der deutsch-polnische Historikerstreit über die Souveränität des polnischen Staates" die Form dieser Kommunikation zwischen polnischer und deutscher Geschichtswissenschaft näher untersucht. Im 19. Jh. gab es -zunächst ausschließlich zwischen polnischen Historikern- eine Debatte über die Gestalt der polnischen Gesellschaftsordnung zwischen dem 8. und 10. Jh.. Vertreter der „Eroberungstheorie" gingen von einer fremden, wahrscheinlich aus Skandinavien stammenden Herrschaftsschicht aus, die die autochthone slawische Bevölkerung unterworfen hatte, während die „Evolutionstheoretiker" den größeren Grad an Freiheit und Demokratie im slawischen Gemeinwesen betonten, der erst allmählich und nicht vollständig durch die Herausbildung einer eigenen Führungsschicht geschmälert wurde. Auffassungen deutscher Historiker des späten 19. Jhs. über eine generelle Unfähigkeit der Slawen zur Staatsbildung und die gleichzeitige Betonung deutscher Kulturleistungen haben dazu beigetragen, dass die „Eroberungstheorie" von polnischen Historikern schon aus nationalen Gründen immer weniger vertreten wurde. Nach der Gründung des polnischen Staates politisierte sich diese Debatte, was zu einer Verschärfung der Frontstellung zwischen deutschen und polnischen Historikern führte, zumal es nun auch um das Problem der Tributpflicht bzw. der lehensrechtlichen Unterstellung Mieszkos I. gegenüber dem Kaiser ging. Der Streit um den Grad der Souveränität einzelner Teile des

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

piastischen Polens war plötzlich hochaktuell. Bialkowski betonte in seinem Vortrag und noch einmal in der anschließenden Diskussion, dass der Verlauf dieser Debatte auch durch die wissenschaftlichen Kommunikationsmechanismen und die Konstellationen innerhalb der nationalen Wissenschaftskulturen bestimmt worden ist.

In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem über das Phänomen diskutiert, dass die Zugehörigkeit zum Reich in Polen negativ, in Böhmen jedoch als Zeichen fortgeschrittener Entwicklung gesehen wurde.

Darius Staliunas (Vilnius) befasste sich im letzten Vortrag mit „National census in the service of Empire: Western Borderlands of the Russian Empire in the Mid-19th century“. Im Zarenreich ergab sich im Zuge der Reformbestrebungen nach dem verlorenen Krimkrieg generell die Notwendigkeit statistischer Erhebungen. Dies galt in besonderem Maße für das Nordwest-Gouvernement, da die Regierung hier auch Aufschluss über die nationalen Verhältnisse, vor allem hinsichtlich des Landbesitzes erlangen wollte. Die Kaiserlich-Russische Geographische Gesellschaft sah in der Statistik die Grundlage für eine Politik der Verbesserung der materiellen Situation von Litauern, Weißrussen und Kleinrussen gegenüber den Polen. Es ging auch um den Nachweis, dass es sich um ein ursprünglich russisch-orthodoxes Gebiet handelte, das erst im 16. Jahrhundert polonisiert wurde. Teile der Administration legten aber auch Wert auf „objektive“ Daten, um eine effektive Nationalitätenpolitik betreiben zu können. Der Referent beschrieb ausführlich, wie diese unterschiedlichen Zielrichtungen die Form der Erhebung sowie die Auswahl der Kriterien zur Erstellung der Nationalitätenstatistik beeinflusst haben.

In der Abschlussdiskussion benannte Jörg Hackmann noch einmal wesentliche Fragen der Sektion, wie das Verhältnis von historischer Argumentation und der Verfolgung materieller Interessen, das Selbstverständnis der Wissenschaft und ihr Verhalten zur Nutzung ihrer Erkenntnisse für die Erhebung von Gebietsansprüchen sowie die Bedeutung der Kultur des inner- und transnationalen Wissenschaftsdiskurses. Während Haslinger darauf hinwies, dass Rezeption meist nicht in der Form eines Dialoges stattfand, äußerte Bialkowski noch einmal die Auffassung, dass zumeist die Bedeutung der Interaktion zwischen sich national definierenden „scientific communities“ über- und die aus den unterschiedlichen Wissenschaftskulturen resultierenden Probleme unterschätzt werden. Hinsichtlich der generell in der Sektion etwas zu kurz gekommenen Frage der praktischen Konsequenzen konnte nur noch auf den Zusammenhang zwischen der Kolonisationsgeschichte im Diskurs über vergangene kulturelle Leistungen der Nation und konkreten siedlungspolitischen Konzepten zur Sicherung bzw. Ausweitung des nationalen Territoriums hingewiesen werden.

Sicher hätte die Abschlussdiskussion lebhafter sein können, wenn sich die Termine des deutschen und des polnischen Historikertages nicht überschnitten hätten, obwohl Polen neben den baltischen Staaten „Partnerland“ dieses Historikertages war. Den Zuhörern und Referenten, vor allem aber dem Leiter der gut organisierten Sektion wäre dies zu wünschen gewesen.

Tagungsbericht *HT 2004: „Historische Rechte“ – Historiker und die Begründung von Gebietsansprüchen im östlichen Mitteleuropa*. 17.09.2004, Historikertag Kiel. In: H-Soz-u-Kult 02.11.2004.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.